

EZB-Niedrigzinspolitik läßt EU-Finanzminister jubeln

Schleichende Enteignung

Der Bund will kommendes Jahr 316,9 Milliarden Euro ausgeben – zehn Milliarden mehr als 2015. Ob das angesichts der Zusatzausgaben für Asylbewerber gelingen kann, ist fraglich. Aber Wolfgang Schäuble hat ein As im Ärmel: Die Niedrigzinspolitik der EZB, die dem Etat seit 2013 etwa 13,2 Milliarden Euro erspart. Die Kehrseite ist: Anlagen in Sparprodukten und Anleihen führen derzeit zu einem realen Vermögensabbau.

In einer Commerzbank-Studie über die „Schleichende Enteignung und ihre Folgen“ werden die realen Vermögensverluste seit 2009 mit 80 Milliarden Euro angegeben. In den nächsten vier Jahren sollen es weitere 100 Milliarden sein. Da diese Verluste auch noch ertragswirksam besteuert werden, verstößt gegen die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes. Das Bundesverfassungsgericht hält jedoch weiter am Nominalwertprinzip fest.

Die EZB will mit ihrer Niedrigzinspolitik die Inflation befördern und die Kreditvergabe anregen. Beide Ziele werden bislang kaum erreicht: Die Kreditvergabe in den Krisenstaaten stagniert weiterhin aufgrund des maroden Bankensektors (Kreditklemme). Hinzu kommt eine mangelnde Rentabilität der Investitionen (Investitionsfalle) wegen unterlassener Reformanstrengungen. Lediglich Staatskredite werden angeregt, was die Schuldenquote speziell in den Euro-Krisenstaaten ansteigen läßt. Ob hier eine verbotene monetäre Staatsfinanzierung vorliegt, wird das Bundesverfassungsgericht demnächst

zu klären haben. Die Risiken dieser Politik wachsen. Etwa ein Viertel der Bürger spart nicht; 40 Prozent betreiben keine private Altersvorsorge. Bei Banken und Versicherern funktionieren die Geschäftsmodelle auf der Basis der Soll-/Haben-Zinsdifferenz nicht mehr. Es besteht ein Anlagennotstand bei den Lebensversicherern. Nur höhere Risiken ermöglichen die notwendige Rendite. Das Segment ausfallgefährdeter Hochzinsanleihen ist stark gestiegen und umfaßt zehn Prozent des Kreditmarktes. Zinsänderungsrisiken belasten die Refinanzierungen von Hausbauern und Investoren im Falle eines Zinsanstiegs.

Für Unternehmen steigen die Lasten durch Pensionsrückstellungen aufgrund des niedrigeren Kalkulationszins. Derzeit sind nur 61 Prozent der Anwartschaften der Pensionszusicherungen der Dax-30-Unternehmen abgesichert; bei M-Dax-Firmen sank der Ausfinanzierungsgrad auf 48 Prozent. Im Durchschnitt aller Dax-Unternehmen beträgt der Anteil der Pensionsverpflichtungen an der Bilanzsumme 15 Prozent, gemessen am Eigenkapital 55 Prozent.

Allerdings fehlt bei der Commerzbank-Studie noch der Hinweis, daß es im Finanzministerium Überlegungen zur Abschaffung der Abgeltungssteuer gibt. Nach Einführung des EU-weiten Informationsaustausches ab 2017 soll der Einheitssteuersatz von 25 Prozent durch den persönlichen Steuersatz ersetzt werden. Die staatliche Repression gewinnt an Schärfe.



VON DIRK MEYER

»Staatskredite lassen die Schuldenquote in den Euro-Krisenstaaten ansteigen.«

Pensionsverpflichtungen an der Bilanzsumme 15 Prozent, gemessen am Eigenkapital 55 Prozent. Allerdings fehlt bei der Commerzbank-Studie noch der Hinweis, daß es im Finanzministerium Überlegungen zur Abschaffung der Abgeltungssteuer gibt. Nach Einführung des EU-weiten Informationsaustausches ab 2017 soll der Einheitssteuersatz von 25 Prozent durch den persönlichen Steuersatz ersetzt werden. Die staatliche Repression gewinnt an Schärfe.



„Für jeden kommt einer nach“

Ifo-Institut: Schonungslose Diskussion über die wirtschaftlichen Auswirkungen der Einwanderungswelle

Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn: Die Flüchtlinge kosten den deutschen Steuerzahler in diesem Jahr voraussichtlich 21,1 Milliarden Euro

CHRISTIAN DORN

Als Angela Merkel vorigen Mittwoch in der Bundespressekonferenz das Jahrgutachten der Wirtschaftsweisen entgegennahm, konnte die Kanzlerin wieder einmal befriedigt lächeln. Auf über 400 Seiten beschönigt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung die Situation in Deutschland. Bezüglich der Flüchtlingskrise sind die fünf von der Bundesregierung berufenen Ökonomenprofessoren mit der CDU-Chefin einer Meinung: „Ja, wir schaffen das!“ Die „direkten Ausgaben der öffentlichen Hand für die Flüchtlingsmigration“ lägen 2015 lediglich bei 5,9 bis 8,3 Milliarden und 2016 bei neun bis 14,3 Milliarden Euro.

Bei der einen Tag zuvor veranstalteten Ifo-Konferenz war die Hauptstadtbesuchung die Hauptstadtbesuchung nur spärlich vertreten. Und was die Kanzlerin bei der Leibniz-Gemeinschaft zur hören bekommen hätte, klang weniger euphorisch: Die Folgekosten der aktuellen Massenimmigration nach Deutschland werden allein in diesem Jahr bei 21,1 Milliarden Euro liegen. Dabei wird vom Ifo-Zentrum für Migrationsforschung (Cemir) von 1,1 Millionen Zuwanderern ausgegangen.

Monatliche Kosten von 800 oder 1.600 Euro?

Hinzu kämen etwa 400.000 EU-Bürger und 100.000 bis 300.000 Illegale. Die Ifo-„Vollkostenrechnung“, in der sich auch die Ausgaben der Kommunen, der Verwaltung oder der Krankenversicherung finden, lägen monatlich bei etwa 1.600 Euro pro Person. Die Wirtschaftsweisen rechnen nur mit Asylbewerberleistungen von 800 Euro monatlich und anschließenden Hartz-IV-Leistungen von 550 Euro. Für Qualifizierungs-, Integrations- oder Sprachkurse werden lediglich 2.000 Euro jährlich angesetzt.

Das dürfte kaum ausreichen, um den „erheblichen Qualifikationsbedarf“ der Flüchtlinge zu finanzieren. „Die Arbeitsmarktintegration sollte hohe Priorität genießen, da sie ein wichtiger Schritt für die gesellschaftliche Integration der anerkannten Flüchtlinge ist“, schreiben die

Regierungswissenschaftler. Doch etwa 40 Prozent der vom Ifo-Institut befragten Firmen in Westdeutschland halten Flüchtlinge nur als Hilfsarbeiter für verwendbar. Die Zahlen für Ostdeutschland liegen noch deutlich darüber.

„Die deutsche Sprache lernt man am besten bei der Arbeit, im Betrieb“, empfiehlt Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn. Etliche der jungen Flüchtlinge seien „völlig desinteressiert an Deutschkursen, die wollen Geld sehen und Arbeit“. „Absolut erforderlich“ sei, die Zahl der zu uns Kommenden zu begrenzen. Zudem müsse der Mindestlohn aufgehoben werden. Andernfalls würden etliche in die Arbeitslosigkeit gedrängt. Opfer der Arbeitsmarktintegration seien geringqualifizierte Einheimische. Dies dürfe nicht gelehrt werden, es gehe „um die Fakten, nicht ums Moralisieren“.

Das Dilemma sei: „Wir brauchen die richtigen Immigranten, die überdurchschnittlich qualifiziert sind und die überdurchschnittlich in das System einzahlen.“ Deutschland sei aber seit 2005 von einer Nettoemigration betroffen. Andersfalls würden etliche in die Arbeitslosigkeit gedrängt. Opfer der Arbeitsmarktintegration seien geringqualifizierte Einheimische. Dies dürfe nicht gelehrt werden, es gehe „um die Fakten, nicht ums Moralisieren“.

Die Frage laute doch: „Wie viele Sozialhilfeempfänger verkraftet ein Staat, bevor er zusammenbricht?“ Auch sei es unrealistisch, mit den vermeintlich vielen unbesetzten Ausbildungsstellen zu argumentieren. Die 40.000 unbesetzten Lehrstellen im Jahr reichen nicht für die mehr als 1,4 Millionen Immigranten. Gleichwohl werde sich die Immigration auf die Entwicklung im unteren Lohnsektor auswirken, wo für 2015 mit einer Senkung des Entgeltniveaus um 1,5 Prozent zu rechnen sei.

Gleichwohl gehört Sinn zu jenen Ökonomen, die Einwanderung aus demographischen Gründen für notwendig halten. Damit diese aber zu einem Netto-

gewinn werde, müsse – analog zum kanadischen Punktesystem – ein Einwanderungsgesetz für gut ausgebildete Immigranten entwickelt werden. Panu Pourvaara, Leiter des Ifo-Zentrums für Internationalen Institutionenvergleich, legte hierzu empirisch dar, daß eine Migration, die auf unterschiedlichen Sozialleistungen beruht, ökonomisch ineffizient sei. Positiv beurteilt der Finne Migration, wenn sie auf Produktivitätsunterschieden basiere. So seien die Schweiz und die USA die wichtigsten Zielländer für deutsche Hochqualifizierte. Sein Fazit: Wer geht, ist gebildeter als die, die bleiben!

Gabriel Felbermayr, Leiter des Ifo-Zentrums für Außenwirtschaft, brachte es auf den Punkt: „Hochqualifizierte gehen, Geringqualifizierte kommen.“ Gewinner seien etwa Bauunternehmer, Verlierer entsprechend geringqualifizierte Einheimische. In diesem Zusammenhang räumte der österreichische Ökonom mit den Irrtümern der „Immigration Surplus“-These auf. Diese blende die Verlierer des Integrationsprozesses aus, was durch das Gebot der „Nicht-Diskriminierung“ noch verschärft werde.

Merkels Willkommenskultur führe zur „Wildwestkultur“

Nicht berücksichtigt würden die fiskalischen Kosten, wenn Einwanderer weniger verdienen und häufiger arbeitslos sind. Beispielfähig hierfür war die von Felbermayr vorgestellte Bilanz für die fiskalische Belastung bei einer Annahme von einem Nettozuzug von 200.000 Personen jährlich. Bei einer Qualifikation wie der ausländischen Bevölkerung hierzulande verursache dies ein Defizit von zehn Milliarden Euro. Eine ungeheure Kostenexplosion ließen die Zahlen über den Qualifikationsstand der syrischen Flüchtlinge erahnen. So hätten Studien in den Flüchtlingslagern der Türkei ergeben, daß 15 Prozent Analphabeten und weitere acht bis zehn Prozent ohne Schulabschluß sind. Insgesamt etwa 60 Prozent besitzen demnach weniger als acht Jahre Schulbildung und kommen daher für eine Lehrlingsausbildung in Deutschland erst gar nicht in Frage.

Das einzig offene Ohr für die schonungslose Ifo-Analyse hatte von den Bundestagsparteien offenbar nur die

CSU. Und Fraktionsvize Hans-Peter Friedrich redete Klartext: „Wir neigen dazu, die Dinge schönzureden, dann reden wir von Bereicherung.“ Die Vorstellung, „daß wir mit 65 Jahren in Rente gehen und junge Afrikaner unsere Rente bezahlen, ist völlig abwegig“, so der frühere Bundesminister. Friedrich lobte Spanien, das durch bilaterale Abkommen mit den Herkunftsstaaten die Asylquote um 75 Prozent gesenkt habe. Alle Flüchtlingsboote würden dort zurückgeschickt und die Schlepper verfolgt.

Es gäbe daher keine Alternative, als die EU-Grenzen zu sichern. „Der einzige, der das tut, ist der von so vielen gehaßte Viktor Orbán.“ Die Ungarn hätten jetzt fünf Asylanträge pro Tag. Friedrich gestand ein, daß die Bundesregierung mit ihrer Entscheidung, auf alle Syrer die Genfer Flüchtlingskonvention anzuwenden, das Chaos herbeigeführt hat. Grenzpolizisten in Bayern würden von den hereinströmenden Massen einfach überrannt. „Erklären Sie das mal einem US-Sicherheitspolitiker“, gab Friedrich zu bedenken. Inzwischen wird allerdings auch Paris fragen, ob Deutschland sich noch ammaßen kann, anderen EU-Ländern vorzuschreiben, was sie bei der Grenzicherung zu tun haben.

Noch deutlicher wurde Ifo-Präsident Sinn in der Diskussionsrunde: „Diese ganze Willkommenskultur hört sich so furchtbar humanitär an, hat aber erst zu den Flüchtlingsströmen geführt, die wir haben.“ Denn „das ist das Problem der Willkommenskultur: Für jeden, der hier ankommt, kommt einer nach!“ Der „große Denkfehler der deutschen Politik“ sei die Idee, daß offene Grenzen ein Ausdruck von Liberalität und Freizügigkeit seien. In Wirklichkeit aber sei Deutschland ein „Klubgut“. Das Eigentumsrecht des deutschen Staates an seinem Boden sei eine Grundvoraussetzung, sonst drohe eine Wildwestkultur. Die Grenze um ein Staatsgebiet spiele eine ähnliche Rolle „wie die Wohnungstür – ich muß selber entscheiden, wer reinkommt“. Was jetzt mit Hunderttausenden illegalen Einwanderern passiere, sei ein „unerträglicher Zustand“.

»Jahresgutachten 2015/16«:
▶ sachverständigenrat-wirtschaft.de
Ifo-Konferenz Migration und Europa:
▶ www.ifo.de/de/w/3LBU35my

Verbraucher fordern wegen der VW-Affäre mehr Klagerechte

Vergiftetes Klima

Von Jörg Fischer

In Nordamerika zeigt sich der Volkswagen-Konzern kulant: Dieseltag-Betroffene erhalten als ersten Schritt zur Wiedergutmachung ein 1.000-Dollar-„Goodwill Package“. Darin enthalten sind 500 Dollar frei verfügbares Visa-Guthaben, ein 500-Dollar-Gutschein für VW-Werkstätten und eine umfangreiche Mobilitätsgarantie für drei Jahre. Anstehende Entschädigungszahlungen nach US-Recht bleiben davon unberührt.

In Deutschland geht es weniger großzügig zu. Die Verbraucherzentrale (VZBV) und der EU-Dachverband Beuc fordern daher, daß „etwaige Schäden und Folgekosten vollständig von Volkswagen übernommen werden“. Politisch müsse „dafür gesorgt werden, daß die Testverfahren für Abgabe und Kraftstoffverbrauch als bald den Realitäten angepaßt“ und die „Informations- und Klagerechte von Verbrauchern“ verbessert werden.

Doch ein Runder Tisch „Verantwortung im Automobilmarkt“ dürfte wenig verändern. In den USA sind lediglich eine halbe Million Pkw's

betroffen. In Europa sind es mehrere Millionen Dieselaautos, die mehr gesundheitsschädliches Stickoxid (NO_x) ausstoßen als erlaubt. Eine Entschädigung à la USA würde zwar deutsche Anwälte frohlocken lassen, den größten deutschen Autokonzern und viele Zulieferer aber in den Ruin treiben. Das ließe die Politik nie zu – im Zweifel wäre der Steuerzahler dran.

Zudem ist nun der schönere CO₂-Ausstoß im Visier. Kohlendioxid ist zwar ungiftig, aber „klimaschädlich“ und deshalb politisch-medial besonders verdammungswürdig. Doch da beißt sich die Umweltkatze in den Schwanz: Um die EU-Forderung nach immer niedrigeren CO₂-Werten zu erfüllen, setzen die meisten Hersteller auf hochverdichtete Kleinmotoren, die aber mehr giftiges NO_x emittieren und nicht so lange halten. Das scheint allerdings weder Verbraucher- noch Klimaschutz zu stören.

Informationen der Verbraucherzentrale:
▶ vzbv.de/pressemitteilung/volkswagen-schadstoff-finanzielle-risiken-fuer-verbraucher

Ihr Bestellschein

JF-Buchdienst - Hohenzollerndamm 27a - 10713 Berlin
Fax: 030 - 86 49 53 - 40 - Bestelltelefon: 030 - 86 49 53 - 25
Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

abschicken, faxen oder gehen Sie online: www.jf-buchdienst.de

Bestelladresse: _____ Kundennummer (falls zur Hand): _____
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Vorname/Nachname: _____
Straße/Nr. (kein Postfach): _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____ E-Mail: _____

Datum/Unterschrift: _____
Deutschland-Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,-. Bei Bestellungen unter EUR 50,- beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,20. Postalisches Ausland: Belieferung nur gegen Vorkasse! Bei Lieferung in die EU-Länder fällt zusätzlich zum Buchpreis eine Versandkostenpauschale von EUR 12,- an. Für alle anderen europäischen Staaten beträgt die Pauschale EUR 14,-. Für außereuropäische Staaten EUR 18,-. Die Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen!

JF BUCHDIENST JUNGE FREIHEIT Medienversand
gehen Sie online: jf-buchdienst.de

Markus C. Kerber
Wehrt Euch, Bürger!
Wie die Europäische Zentralbank unser Geld zerstört

Best.-Nr.: 92895 EUR 9,99

Peter Lüdemann
Abgezockt und kaltgestellt
Wie der deutsche Steuerzahler systematisch ausgeplündert wird

Best.-Nr.: 92896 EUR 17,99

Bruno Bandulet, Peter Boehringer, Marc Faber, Thorsten Schulte, Dimitri Spiek
Insiderwissen: Gold
Profitieren Sie von dem Insiderwissen der Autoren, die teilweise seit drei Jahrzehnten auf den Edelmetall- und Devisenmärkten zu Hause sind. Mit diesen Informationen sind Sie optimal vor einer Krise geschützt selbst dann noch, wenn der Staat versuchen sollte, Ihnen Ihre persönlichen Goldreserven abzunehmen oder den Goldbesitz komplett zu verbieten.

Best.-Nr.: 92578 EUR 14,95

Ulrich Horstmann, Gerald Mann
Bargeldverbot
Alles, was Sie über die kommende Bargeldabschaffung wissen müssen

Best.-Nr.: 92781 EUR 6,99

Klaus-Peter Willsch
Von Rettern und Rebellen
In Blick hinter die Kulissen unserer Demokratie

Best.-Nr.: 92842 EUR 19,99

Henryk M. Broder
Das ist ja irrel!
Mein deutsches Tagebuch

Best.-Nr.: 92893 EUR 16,99

Hans-Werner Sinn
Der Euro
Von der Friedensidee zum Zankapfel

Best.-Nr.: 92867 EUR 24,90

Der Euro sollte mehr sein als eine Währung: ein Garant für Einheit und Frieden in Europa. Heute ist Europa gespalten und zerrissen. Im Süden bleibt die Arbeitslosigkeit unerträglich, der Norden wurde von der EZB in Geiselschaft genommen und zum Zahlmeister gemacht. Was ist zu tun?
480 S., geb.

Abbildungen können vom Original abweichen!